

## **Antrag**

### **der Fraktion der SPD**

#### **Entschließung zu der Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 3. März 2021**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. mit einem Schutzschild für Schülerinnen und Schüler die erforderlichen Bildungsinvestitionen zu sichern und unsere Kinder nicht als große Verlierer der Pandemie zurückzulassen und dazu
  1. mit geeigneten Mitteln den Lernstand der Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen zu erheben und dazu passende Fördermaterialien für den Unterricht zu entwickeln;
  2. den Schulleitungen im kommenden Schuljahr beim Einsatz der schulischen Ressourcen (Lehrkräfte, Stunden) mehr Flexibilität in der Schwerpunktsetzung beim individuellen Fördern der Schülerinnen und Schüler zu geben;
  3. eine Einstellungsinitiative von bis zu 10.000 Unterstützerinnen und Unterstützern für Lehrkräfte zu starten (pädagogische Assistentinnen und Assistenten, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Coaching für Schulen);
  4. ein landesweites Lernunterstützungsprogramm von mindestens 40 Millionen Euro aufzulegen, das jeder Schule ein Budget zur Beauftragung von Angeboten zertifizierter Nachhilfe- und Unterstützungsinstitutionen überlässt;
  5. an weiterführenden Schulen im kommenden Schuljahr den Klassenteiler auf 28 zu senken;
  6. Eltern für die kommenden zwei Jahre die Wahl zu geben, ihre Kinder freiwillig eine Klassenstufe einmal wiederholen zu lassen;
  7. für jede Schule im Land IT-Fachkräfte zur Betreuung der digitalen Ausstattung und der Endgeräte von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern einzustellen;
- II. schnellstmöglich eine Strategie dafür vorzulegen, unter welchen Voraussetzungen es auch für die bislang wenig oder gar nicht berücksichtigten Branchen Gastronomie und Hotellerie, aber auch für die Kultur- und Veranstaltungsbranche Öffnungsperspektiven geben kann, um spätestens beim nächsten Gespräch

der Kanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten eigene Vorschläge zu unterbreiten, unter welchen Bedingungen Perspektiven im Sinne von Öffnungen bzw. Lockerungen eröffnet werden können.

04. 03. 2021

Stoch, Gall  
und Fraktion

### Begründung

Unsere Kinder sind die großen Verlierer der Coronakrise, neben vielen Betrieben und Kulturschaffenden. Ein Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler ist notwendig, da das Bildungssystem große Investitionen benötigt, um die vielen Einschnitte, die die Coronapandemie im schulischen Bereich hinterlassen hat, wieder auszugleichen. Eine der größten Sorgen vieler Eltern ist, ob ihre Kinder den schulischen Anforderungen weiter gerecht werden können oder ob im Fernunterricht zu wenig Stoff und Kompetenzen vermittelt werden konnten. Dieser Sorge muss frühzeitig begegnet werden. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, zum Beginn des Schuljahres 2021/22 den Lernstand der Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen zu erheben. Zudem müssen den Schulen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um durch die Lernstandserhebungen identifizierten nötigen Förderungen der Schülerinnen und Schüler leisten zu können. Dazu brauchen die Schulleitungen auch mehr Flexibilität im Einsatz ihrer personellen Ressourcen und Stundenkapazitäten. Viele Schulen werden aber vor allem zusätzliches Personal von außen benötigen. Deswegen schlagen wir die Einstellung von bis zu 10.000 Unterstützerinnen und Unterstützern vor. Zu diesen gehören voll ausgebildete Lehrkräfte, pädagogische Assistentinnen und Assistenten, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Zusätzlich zu diesen Unterstützungsmaßnahmen sollte es Schulen ermöglicht werden, mit Hilfe eines Budgets externe qualitätsvolle Angebote von Weiterbildungs- und Nachhilfeinstitutionen einkaufen zu können (als Vorbild dient hier das Mannheimer Unterstützungssystem Schule [MAUS]).

Zwei Maßnahmen sollen insbesondere dazu dienen, Druck von den Schülerinnen und Schülern zu nehmen. Für das kommende Jahr sollte der Klassenteiler für alle weiterführenden Schulen auf 28 gesenkt werden, damit kleinere Eingangsklassen möglich sind. Zudem sollte es den Schülerinnen und Schülern für die kommenden zwei Schuljahre möglich sein, freiwillig eine Klassenstufe zu wiederholen, ohne dass dies als „Sitzenbleiben“ gewertet wird.

In den vergangenen Monaten konnten wir miterleben, welche Bedeutung eine funktionierende digitale Ausstattung für den Fernunterricht und die Schule der Zukunft hat. Deswegen muss so schnell wie möglich das Thema einer professionellen Betreuung der IT-Ausstattung an Schulen dauerhaft gelöst werden.

Außerdem halten wir mit diesem Antrag an der Forderung fest, dass die Landesregierung endlich für das gesamte Land eine Konzeption vorlegen muss, in der aufgezeigt wird, wie nach dem harten Lockdown das Leben in Baden-Württemberg nach und nach wieder zur Normalität zurückkehren kann – auch für die bislang wenig bzw. nicht berücksichtigten Branchen wie Gastronomie und Hotellerie, Kultur und die Veranstaltungsbranche. Aus dem Grund soll das Land spätestens zur nächsten Besprechung der Kanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten eigene Vorschläge unterbreiten, unter welchen Bedingungen Perspektiven im Sinne von Öffnungen bzw. Lockerungen eröffnet werden können.